



Presseerklärung des Sicherheitsrats Aufruf zur raschen Bildung einer neuen Regierung in Libanon

NEW YORK, 7. Juli 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats nahmen Kenntnis von der Ernennung Najib Mikatis zum neuen designierten Premierminister am 23. Juni sowie von der Vorstellung des Regierungsteams durch Mikati beim Präsidenten der Libanesischen Republik am 29. Juni.

Mehr als einen Monat nach den Parlamentswahlen in Libanon fordern die Mitglieder des Sicherheitsrats die beschleunigte Bildung einer Regierung, damit die notwendigen Reformen durchgeführt werden können. Angesichts der sich zuspitzenden Krisen in Libanon ist es die Verantwortung und Pflicht aller politischen Akteurinnen und Akteure, zusammenzuarbeiten, um dem nationalen Interesse Vorrang einzuräumen und die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen das libanesisches Volk steht. Die Mitglieder des Sicherheitsrats befürworteten Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung der Jugend sowie zur Förderung der vollen, gleichberechtigten und konstruktiven politischen Teilhabe und Vertretung von Frauen, auch in der neuen Regierung, und Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbstbestimmung. Sie betonten, wie entscheidend wichtig es ist, den Verfassungskalender einzuhalten, damit die Präsidentschaftswahlen pünktlich stattfinden können.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verwiesen außerdem auf die Notwendigkeit der dringenden Umsetzung der bereits dargelegten konkreten Reformen, die den zügigen Abschluss einer Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds ermöglichen würden, um den Forderungen der libanesischen Bevölkerung zu entsprechen. Sie betonten die Rolle der libanesischen Institutionen, einschließlich des neu gewählten Parlaments und der neuen Regierung, bei der Umsetzung der Reformen, die notwendig sind, um die beispiellose Krise zu bewältigen, die Korruption auszumerzen und eine bürgernähere Regierungs- und Verwaltungsführung zu schaffen. Sie unterstrichen zudem, wie wichtig die Verwirklichung dieser Reformen ist, um eine wirksame internationale Unterstützung zu gewährleisten.

Sie betonten, dass die Stabilität Libanons eine gemeinsame Priorität ist.

22-10766 (G)

